

Artikel vom 11.05.2020

Lufthansa

Kein Staatseinfluss auf die Geschäftspolitik



Die Mittelstands-Union Bayern (MU) lehnt eine Übernahme von Aktien an der Lufthansa durch den Staat generell ab. Der MU-Landesvorsitzende Franz Josef Pschierer begründet den Beschluss: „Die Lufthansa war vor Corona ein gesundes, profitables Unternehmen und ein systemrelevanter Bestandteil unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen die Lufthansa erhalten, damit sie nach der Krise ohne staatliche Hilfe im globalen Wettbewerb bestehen kann.“ Der Staat dürfe aber auf Grund der finanziellen Hilfen keinen Einfluss auf das operative Geschäft oder die strategische Ausrichtung der Lufthansa nehmen.

Aus Sicht der Mittelstands-Union ist es essenziell, dass das finanzielle Engagement des Staates schnellstmöglich beendet wird. Pschierer: „In dieser Zeit dürfen selbstverständlich keine Boni oder Dividenden gezahlt werden.“ Die Hilfe des Staates solle sich im Wesentlichen auf Kredite und stille Beteiligungen beschränken. Im Gegenzug solle der Staat auch an künftigen Gewinnen beteiligt werden. „Sollte der Wirtschaftsstabilisierungsfond auf Grund des finanziellen Engagements Aufsichtsratsmandate beanspruchen, müssen diese von unabhängigen Experten besetzt werden“, so Pschierer. Politiker oder Beamte sollten keinen Einfluss auf das Unternehmen ausüben dürfen.